

# **Gemeinsame Resolution zur Ratssitzung am 29.01.2009**

**SPD-Fraktion**

**CDU-Fraktion**

**Fraktion Die Grünen im Rat**

**FDP-Fraktion**

**Linksfraktion**

**UWG-Fraktion**

**Soziale Liste**

## **Ersatzbau einer Sozialtherapeutischen Einrichtung in NRW**

### **hier: Kein Abriss der Bedienstetenwohnungen neben der JVA Bochum**

Das Justizministerium des Landes NRW hat am 21. Januar 2009 der Presse mitgeteilt, dass der Ersatzbau für die Sozialtherapeutische Anstalt Gelsenkirchen neben der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bochum auf dem Dienstwohnungsgelände des Landes errichtet wird. Das hat Justizministerin Frau Müller-Piepenkötter mit der Begründung entschieden, ein Neubau sei unumgänglich, weil das Gebäude in Gelsenkirchen in einem sehr schlechten Zustand sei und nur die Nutzung des Dienstwohnungsgeländes in Bochum alle Voraussetzungen für den Standort eines Neubaus erfülle. Die Justizministerin bedauert, dass die Dienst- und Landesmietwohnungen auf diesem Gelände, von denen derzeit noch 60 genutzt werden, bis zum Jahresende abgerissen werden müssen.

Die Entscheidung der Justizministerin, die am 20. Januar 2009 vorab der Oberbürgermeisterin in einem Schreiben mitgeteilt wurde, ist die unveränderte Bestätigung der Planungen, die in der Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 25.07.2008 von einem Mitarbeiter des Justizministeriums als "unverbindliche Absichten" dargestellt worden waren. Der Ausschuss hatte sich einstimmig gegen den Neubau an dieser Stelle ausgesprochen und auf die stadtentwicklungs-politischen Ziele für die Gestaltung des Umfeldes des Stadions hingewiesen. Die Oberbürgermeisterin hatte Ende Oktober die Justizministerin gebeten, die Stadt Bochum nicht überfallartig und ohne Vorankündigung mit Ergebnissen der Entscheidungsfindung zu konfrontieren.

Der Rat der Stadt Bochum ist empört, dass das Justizministerium nunmehr entgegen den Vorankündigungen in der Ausschusssitzung keinen zwischenzeitlichen Kontakt zur Stadt Bochum und den Betroffenen gesucht hat. Vielmehr wird die Entscheidung der Ministerin ohne jegliche Abstimmung verkündet. Ihr Hinweis auf die gute Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Justizministeriums und der Stadt Bochum können sich sicherlich nicht auf diese

Maßnahme beziehen. Die Begründung, aus Rücksichtnahme auf die Bediensteten der Gelsenkirchener Anstalt die Standortsuche auf das Ruhrgebiet von vornherein zu beschränken, um ihnen schwer zumutbare örtliche Veränderungen zu ersparen, sind ein Hohn gegenüber den Bediensteten und Anwohnern der Krümmede.

Angesichts dieser Tatsachen und der Unterrichtung der Anwohner und Anwohnerinnen, dass sie bis zum 30. November ausziehen müssen, fordert der Rat der Stadt Bochum die Justizministerin auf

- ihre Verantwortung für die Mieterinnen und Mieter der Anwohnergemeinschaft Krümmede wahrzunehmen und den Abriss der Dienst- und Landesmietwohnungen auf dem Gelände neben der JVA Bochum aufzugeben,
- die Prüfung von Alternativen gemeinsam mit den betroffenen Städten unter Beteiligung der Anwohnergemeinschaft erneut vorzunehmen,
- die einzelnen Prüfungsschritte und die Ergebnisse mit den Beteiligten mit dem Ziel sachgerechter Lösungen zu erörtern.

Der Rat der Stadt Bochum spricht sich weiterhin nicht gegen eine Sozialtherapeutische Anstalt aus, da bereits in der JVA Bochum eine sozialtherapeutische Abteilung besteht. Hier geht es vielmehr um die Standortentscheidung, die zum Abriss der Wohnungen der Anwohnergemeinschaft Krümmede und damit zur unnötigen Vernichtung von stadtnahem Wohnraum führt. Sollte die Justizministerin nicht von ihrer Entscheidung abrücken, fordert der Rat der Stadt Bochum schon jetzt die Stadtverwaltung auf, alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten zu nutzen, die geplante Erweiterung des Justizgeländes in dieser Form zu verhindern.